

109-11-25

125 h^ol^o

Der Vorsitzende
der Raumbewirtschaftungskommission
des Deutschen Staatsministers für Böhmen und Mähren

Prag IV, den 13. Juli 1944
Czernin-Palais
Fernsprecher-Nr. 093

Tgb.-Nr. R.Bw.K. 2625/44

Betr. : Unterbringung der bombengeschädigten Familien
deutscher Gefolgschaftsmitglieder der Klöckner-
Werke in Gurein
Bezug : Mein Bericht vom 22.12.43

gitz

Ministeramt
13 JULI 1944

4-Obergruppenführer Staatsminister F r a n k

mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Bei Abfassung vom 22.12.1943
hatten 465 v. Gefolgschaftsmitglieder
der Fa. Klöckner in Gurein Wohnungen be-
antragt.

Hiervon sollen
in Siedlungen
im Bau waren
in Mietwohnungen

Es sind bis 19.7.1944 zugewiesen
worden :
vom Wohnungsamt der Stadt Brunn ..
vom Bezirkshauptmann Brunn-Land ..
von denen 260 bereits bezogen sind

Ya

sodass die für mindestens 100 Familien berechnete Siedlung nicht fertiggestellt ist. Hierdurch und durch Neuzuzug der Bedarf der Klöcknerwerke an Wohnungen von 362 auf 476 erhöht. Nach Abweisung von 285 Wohnungen verbleibt nach noch ein Bedarf von 191 Wohnungen. Dieser vergrößerte Bedarf wird sich decken lassen.

Die Freimachung zweckentfremdeter Wohnungen geht in Brünn nur noch langsam vor sich, da es an Raum für die Unterbringung der in den Wohnungen eingewanderten Familien fehlt.

n fehlt.
stellen
sch stärker
en nicht
Stadt-
ber nach
lich noch

Plan 0 → 237
Dutz 38

Prag, den 24. Juni 1944.

8

20. VI. 1944
M
1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

Herrn Fischer.

In Sachen Unterbringung der bombengeschädigten Familien deutscher Gefolgschaftsmitglieder der Klöckner-Werke in Gurein beziehe ich mich auf die dort. an den Herrn Staatsminister gerichtete Vorlage vom 22.12.v.Js. - ohne Zeichen und bitte um eine abschließende Mitteilung über den Stand der Angelegenheit.



- 2.) Wv. am 24.7.1944 bei dem Unterzeichner.
- 12558

Nach der Aufstellung des Wohnungsamtes der Stadt Brünn werden von der NSDAP oder deren Gliederungen folgende Wohnungen als Diensträume benützt

- 11 1 Zimmerwohnungen
- 19 2 Zimmerwohnungen
- 19 3 Zimmerwohnungen
- 26 4 Zimmerwohnungen
- 15 5 Zimmerwohnungen
- 7 6 Zimmerwohnungen
- 2 7 Zimmerwohnungen
- 2 8 Zimmerwohnungen
- 3 9 Zimmerwohnungen
- 37 Räume

zusammen also 104 Wohnungen und 37 Räume.

Wohnraumbewirtschaftungsstelle
 beim Ministerium des Innern
 Prag IV-Burg, Mitteltrakt, II. Stock

St.M. XI A - 69 e/43.

Prag, den 24. Januar 1944.

Vermerk:

Der angeschlossene Vorgang kann als erledigt zu den Akten genommen werden.

[Handwritten signature]

44-Sturmbannführer
Ministerialrat
Dr. F i s c h e r

Prag, den 22. Dezember 1943

Herrn
Staatsminister
44-Obergruppenführer F r a n k
im Hause

Minister
Eing. 22.12.1943

Betrifft : Unterbringung der bomgeschädigten Familien
deutscher Gefolgschaftsmitglieder der Klöckner-
Werke in Gurein.

- 1.) Auf Grund des Erlasses vom 4.12.1943 Nr.St.M. 183/43 habe ich mich am 7. - 8. und am 20. - 21.12.43 nach Brünn begeben und in Besprechungen mit sämtlichen beteiligten Stellen von Staat, Partei und Wehrmacht unter Hinzuziehung der Klöckner-Werke folgendes festgestellt :

Die Klöckner-Werke beschäftigen z.Zt. in Brünn 1.389 deutsche Gefolgschaftsmitglieder. Einen Antrag auf Zuweisung einer Familienwohnung haben 465 deutsche Gefolgschaftsmitglieder gestellt. Hiervon wollen 103 Gefolgschaftsmitglieder ein Siedlerheim haben. 100 Siedlerheime sind z.Zt. bei Gurein im Bau und werden in den Monaten Februar bis April fertig. Es verbleiben 362 Gefolgschaftsmitglieder, die die Zuweisung einer Mietwohnung beantragt haben. Hiervon hat der Bezirkshauptmann Brünn-Land 14 Gefolgschaftsmitglieder bereits untergebracht und glaubt noch 30 - 40 Gefolgschaftsmitglieder unterbringen zu können durch Inanspruchnahme von Doppelwohnungen. Von den etwas über 300 Wohnungen, die die Stadt Brünn aufzubringen hat, sind bisher 48 Wohnungen von Gefolgschaftsmitgliedern der Klöckner-Werke bezogen worden. 40 Wohnungen werden z.Zt. in Stand gesetzt, 47 Wohnungen sind frei und die Instandsetzung ist in die Wege geleitet, 28 Wohnungen stehen vor der Räumung = zusammen 163 Wohnungen. Es müssen daher noch rd. 150 Woh-

St. M. XI A - 69 m / 43

12

nungen beschafft werden.

Die Stadt Brünn hat eine Liste von 412 zweckentfremdeten Wohnungen dem Landespräsidenten übergeben. Hiervon werden die Wohnungen ausgesucht werden, die sich für die Klöckner-Werke eignen und deren sofortige Räumung durchführbar ist.

- 2.) Die Räumung der noch benötigten Wohnungen wird, soweit diese von öffentlichen Dienststellen besetzt sind, durch den Landespräsidenten - Reichsauftragsverwaltung auf Grund des Erlasses des Deutschen Staatsministers für Böhmen und Mähren vom 6.12.43 Nr. R.Bw.K. 229/43 veranlasst. Soweit diese zweckentfremdeten Wohnungen z.Zt. von nicht amtlichen Stellen benutzt werden, wird der Oberbürgermeister - Reichsauftragsverwaltung - die Räumung der Wohnungen unter Anwendung des Reichsleistungsgesetzes bzw. des Staatsverteidigungsgesetzes veranlassen.

Den Umfang der Instandsetzungen setzt der Bevollmächtigte für die Bauwirtschaft - Dienststelle Brünn - fest. Dadurch wird sichergestellt, dass die Instandsetzungen sich im Rahmen der durch die Kriegsverhältnisse gebotenen Einschränkungen halten.

Die Instandsetzung erfolgt durch eine Arbeitsgemeinschaft von Handwerksfirmen, die vom Zentralverband des Handwerks zu diesem Zwecke gebildet ist. Hierbei werden auch Handwerksfirmen ausserhalb Brünns herangezogen.

Die Finanzierung der Instandsetzungen erfolgt auf Grund der Regierungsverordnung 220/43 zu 50 v.H. aus Protektoratsmitteln. Die übrigen 50 v.H. werden von den Hauseigentümern oder von den Klöckner-Werken getragen.

Zum Schreiben der Klöckner Flugmotorenbau GmbH. an den Herrn Staatsminister vom 22.11.43 habe ich ermittelt : Die Technische 44- und Polizeiakademie hatte sich nicht 49, sondern 40 Wohnungen sicher-

stellen

13

stellen lassen. Von diesen 40 Wohnungen hat sie 15 dem Oberbürgermeister zur Verfügung gestellt und 25 behalten. Von den 15, dem Oberbürgermeister zur Verfügung gestellten Wohnungen, hat dieser 9 den Klöcknerwerken gegeben und 6 hat das Polizeiregiment 21 erhalten. Die Klöcknerwerke sind über den Sachverhalt unterrichtet.

Über den Fortgang der Arbeiten wird der Sonderbeauftragte des Deutschen Staatsministers für Böhmen und Mähren laufend unterrichtet werden. Anfang Januar erfolgt eine neue Überprüfung in Brünn, wie weit die Arbeiten fortgeschritten sind. Bei Abschluss der Aktion werde ich berichten.

H. K. K. K.

*Gruppe 15 Mr. sollten von Index
zur Gruppe der Klöcknerwerken
und nicht mehr von
Pol. gegeben werden!*

9/27/15

60!

14
H-Oberführer Dr. Bertsch

Prag, den 10. Dezember 1943.

- Nr. 2323/43 -

MINISTER
Eing.: 12. DEZ. 1943

An

H-Standartenführer Dr. G i e s .

Die Besprechung mit Ministerialdirektor a.D. M a r o t z k e und Wehrwirtschaftsführer Dipl. Jng. S t e i n hat heute stattgefunden. Ich darf darüber dem Herrn Staatsminister anlässlich meines nächsten Vortrages mündlich berichten. Das Wesentliche ist, dass Dipl. Jng. Stein mit sofortiger Wirkung die Führung des Flugmotorenwerks in Gurein übernimmt. Er tut dies auf meinen Wunsch, obwohl die Vereinbarung Klöckner/Skoda noch nicht die endgültige Genehmigung von Generalfeldmarschall Staatssekretär Milch gefunden hat.

Dipl. Jng. Stein habe ich ein klares Bild über die Verhältnisse im hiesigen Raum und über die sozialpolitischen Intentionen des Herrn Staatsministers gegeben.

L. Luff
gym
XI A-69/43 d.o!

Der Deutsche Staatsminister.

4. Dezember 1943.

St.M. 183/43. ✓

-- M
- 6. XII. 1943

1.) An
 1/2-Sturmbannführer
 Ministerialrat Dr. Fischer
 im Hause .

Die Verhältnisse bei den Klöckner-Werken in Gurein machen es erforderlich, daß die Unterbringung der bombengeschädigten Familien deutscher Gefolgschaftsmitglieder sofort überprüft und in angemessener Weise sichergestellt wird. Zu diesem Zweck ermächtige ich Sie in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender der Raumbewirtschaftungskommission, in meinem Namen die Unterbringungsfrage an Ort und Stelle mit den zuständigen Dienststellen zu klären und unter Entscheidung über jede Art von Einwendungen alle erforderlichen Anordnungen - insbesondere hinsichtlich der Beschaffung von Wohnraum in der Stadt Brünn und Umgebung - zu treffen. Die Dienststellen sind gehalten, Ihnen die gewünschten Auskünfte zu erteilen und die zur Durchführung Ihres Auftrags erforderliche Unterstützung rückhaltlos zu gewähren. Über das Veranlaßte ist mir bis zum 20.12.d.Js. zu berichten.

Fischer

2.) Wv. am 20.12.1943 bei mir.

Wiederangelegt am 20.12.43

Vorzimmer des Rüstungsinspektors wurde
die folgende Buchnummer durchgegeben:

2611/43 v.29.9.1943

Betr.: Wohnungen Klöckner-Bürein.

bofa

Le. erwidert

zum Beginn

Le. 41 4. 44.

dem Kaiser

eingegangen

mit der Bitte um Exemption

4. 7. 18. 18.

1818

231

Seine Majestät
dem Kaiser
mit der Bitte um
Exemption
4. 7. 18. 18.

18

W-Oberführer Dr. B e r t s c h

Prag, den 29. November 1943.

An das

Ministeramt.



*Dr. Bertsch
Kommandant
bew!*

Nr. 2254/43

Prag, den 29. November 1943.

V e r m e r k .

P 2/12

Am 26.ds.Mts. fand bei dem Herrn Staatsminister die in der letzten Sitzung des Zentralwirtschaftsstabes vorgesehene abschliessende Besprechung über die Verhältnisse bei den Klöckner-Werken in Gurein statt. Es nahmen ausser dem Unterzeichneten $\frac{1}{4}$ -Standartenführer Dr.Weinmann, Generalmajor Dipl.Jng.Hernekamp, Präsident Rüstungsobmann Dr.Adolf und ORR Stucke teil.

Der Herr Staatsminister liess sich von $\frac{1}{4}$ -Standartenführer Dr.Weinmann und von dem Unterzeichneten über den derzeitigen Stand der sozialen Verhältnisse in Gurein sowie über das Gespräch des Unterzeichneten mit Direktor Messerschmidt berichten. Nach übereinstimmender Auffassung der Anwesenden sind die grössten Schwierigkeiten in Gurein überwunden. Nach wie vor unbefriedigend sind die Ernährungslage und die Wohnungsfrage, letztere vor allem für die Angehörigen der von Hamburg nach Gurein abgestellten Arbeiter.

Der Herr Staatsminister entschied, dass dem Werk die 3 Wagons Kartoffeln ersetzt werden sollen, die verfrüht ausgegeben wurden. Direktor Messerschmidt soll das Nötige wegen seiner unzulässigen Handlungsweise bemerkt werden. Damit soll die Angelegenheit als erledigt angesehen werden. Entsprechende Mitteilung an den Abteilungsleiter VI zur Veranlassung des Weiteren ist seitens des Unterzeichneten am 26.ds.Mts. ergangen.

Zur Wohnungsfrage wurde bemerkt, dass sich Oberbürgermeister Judex anscheinend nicht durchzusetzen vermöge. Der Herr Staatsminister will deshalb Ministerialrat Dr.Fischer bevollmächtigen, im Benehmen mit der Stadtgemeinde Brünn diese Frage raschestens befriedigend zu klären. Auf die stimmungsmässige Auswirkung von weiteren Beschlagnahmungen auf die Tschechen soll keine Rücksicht genommen werden. Der Unterzeichnete hat das Ministeramt hiervon verständigt

19a
Gen. mit Info!

mit der Bitte, wegen der Bevollmächtigung des Ministerialrats Dr. Fischer das Weitere in die Wege zu leiten.

Ausgeführt wurde, dass nur noch wenige Hundert Arbeitskräfte aus Hamburg nach Gurein kommen werden. Insgesamt soll die Gefolgschaft in Gurein bis Ende 1944 auf rund 15000 gebracht werden; davon sollen etwa 1500 Arbeiter aus Hamburg sein. Bislang sind rund 1200 Hamburger Arbeiter nach Gurein gekommen.

Der Unterzeichnete berichtet noch, dass Direktor Stein vom Klöckner-Konzern im Lauf des Dezember nach Gurein abgeordnet werden soll; unter ihm soll Direktor Messerschmidt weiterarbeiten. Nach heute eingegangener Mitteilung kommt Direktor Stein am 10. Dezember ds. Js. nach Prag und soll dem Herrn Staatsminister von Ministerialdirektor a. D. Marotzke vorgestellt werden.

Abschliessend weist der Herr Staatsminister darauf hin, dass die Entwicklung der Verhältnisse in Gurein von allen Beteiligten, vor allem auch von der Partei, laufend beobachtet werden müsse, damit notfalls sofort mit geeigneten Massnahmen eingegriffen werden könne.



[Handwritten signature]

32273

[Faint handwritten text]

mit dem Ziel einer Erreichung aus

3. 12. 43.

[Faint handwritten text]

2/72 43

An das

M i n i s t e r a m t .

Betrifft: Wohnungsbeschaffung in Brünn
für Gureiner Gefolgschaftsmitglieder.

Der Herr Staatsminister hat in der heutigen Besprechung über die sozialen Verhältnisse in Gurein entschieden, dass Ministerialrat Dr. Fischer alsbald eine Vollmacht erhalten soll, die Wohnungsfrage in Brünn für Gefolgschaftsmitglieder der Klöckner-Werke in Gurein und ihre Familienangehörigen im Benehmen mit dem Oberbürgermeister der Stadtgemeinde Brünn befriedigend zu lösen. Es handelt sich darum, dass vor allem die Familienangehörigen der aus Hamburg nach Gurein verlagerten Gefolgschaftsmitglieder aus den Baracken herausgenommen und in Wohnungen in Brünn untergebracht werden sollen. Die Unterlage für die zu ergreifenden Massnahmen soll der seinerzeitige Brief des Generalmajors Hernekamp mit Anlage bilden, dessen Nummer der Rüstungsinspekteur Ihnen laut heutiger mündlicher Zusage morgen durchgeben will. Die sich ergebende Verärgerung des tschechischen Bevölkerungsteils in Brünn soll bewusst in Kauf genommen werden.

Ich darf bitten, von dort aus wegen der Bevollmächtigung des Ministerialrats Dr. Fischer das Weitere zu veranlassen.

D

H-Oberführer Dr. B e r t s c h
- Nr. 2188/43 -

Prag, den 15. November 1943.

An

H-Obergruppenführer Staatsminister F r a n k .

Handwritten signature in red ink

Handwritten notes:
Vf 6829/1943
13.5.43
Schreiben mit
1. Anst. an
Dr. Gies sende

Betrifft: Klöcknerwerke in Gurein bei Brünn.

Ministerialdirektor a.D. Marotzke teilt mir folgendes mit:

"Hinsichtlich Ihres Eingehens auf unsere neu zu gründende Gesellschaft in Gurein kann ich Ihnen zu meiner Freude mitteilen, dass bei uns ein endgültiger Beschluss dahin vorliegt, dass Herr Dipl. Jng. Stein die Leitung des Werkes als Generaldirektor im Sinne des deutschen Aktienrechts übernimmt. Unter Bezugnahme auf unsere Aussprache dürfte damit die Gewähr gegeben sein, dass sowohl die produktionstechnischen, wie die sozialpolitischen Belange von einer Persönlichkeit wahrgenommen werden, die auf diesem Gebiet besonders erfahren und bewährt ist und die zugleich die Sicherheit bietet, dass auch hinsichtlich der Einstellung zu dem tschechischen Volksteil eine politisch richtige Linie gesichert wird.

Ich werde mir erlauben, demnächst mit Herrn Stein einmal bei Ihnen vorzusprechen, damit wir Ihre besonderen Wünsche erfahren und uns danach einstellen können".

Die Abordnung des Herrn Dipl. Jng. Stein nach Gurein bzw. Brünn ist zweifellos eine wertvolle Bereicherung des Kreises der deutschen Wirtschaftsführer in Böhmen und Mähren. Ich werde veranlassen, dass beide Herren sich bei Ihnen melden .

Handwritten notes:
1. Lenz 20. 3. 43 Prag
gegen Einigkeit zum Kommando
2. Lenz zum Organg

Handwritten signature

SD-Leitabteilung	Direktion	16 NOV 1943
15681		
<i>Handwritten initials</i>		

16 NOV 1943
SD 9063

St. M. XI A-692/43

22a

Sicherheitsdienst RF-~~4~~
SD-LA Prag

Prag, den 29.11.1943.

Urschriftlich

An das

Ministeramt des Deutschen Staatsministers
für Böhmen und Mähren
z.Hd.v.~~4~~-Standartenführer Dr. G i e s ,

Prag IV.,
Czernin-Palais.

Nach Kenntnisnahme und Auswertung wird der anliegende
Vorgang zurückgereicht.

i.A. *Muldenberger*
~~4~~-Hauptsturmführer.



32270

1300

Sicherheitsdienst RF-^{1/1}
SD-LA Prag

Prag, den 29.11.1943.

Urschriftlich

Ministera
Bsp.: -1. DEZ. 1943

An das

Ministeramt des Deutschen Staatsministers
für Böhmen und Mähren
z.Hd.v.^{1/1}-Standartenführer Dr. G i e s ,

P r a g I V . .
Czernin-Palais.

Nach Kenntnissnahme und Auswertung wird der anliegende
Vorgang zurückgereicht.

i.A. *MA 29/ii*
^{1/1}-Hauptsturmführer.

*z. d. A. VA —
Name — Hauptst. erf. —*

Prag MA 29/ii

30 NOV 1943 *ckp*



32269

An Ministerialrat Pg. Dr. G i e s ,

Wie ich Ihnen bereits telefonisch mitgeteilt, ist Gauleiter Dr. Jury mit der Übertragung der Vollmachten an Pg. L o t z , einverstanden.

Nur wegen der Fertigstellung der Siedlungsbauten ist der Gauleiter anderer Ansicht und werde ich nach Erhalt der schriftlichen Stellungnahme Pg. Knoop davon unterrichten.

Heil Hitler!

Frag, den 9.9.1943

Andersen

Andersen

Stabsamtsleiter.

hg g.

Der Hauptabteilungsleiter V

Prag, den 3. November 1943.

- Nr. 2137/43^{II} -

Handwritten: 925/11

An

W-Obergruppenführer Staatsminister **Frank** *eramt*

Betrifft: Klöcknerwerk in Gurein.

Eing.: -4. NOV. 1943

1 Anlage.

Unter Bezugnahme auf meinen Vortrag vom 1. November ds. Jg. lege ich anbei Abschrift eines Briefes an Ministerialdirektor a. D. Marotzke mit der Bitte um Kenntnisnahme vor.

Wie mir Dr. Voss gestern mitteilte, ist vor etwa 1 Woche eine Einigung zwischen Skoda und Klöckner dahin zustande gekommen, dass das Werk in Gurein (verarbeitende Industrie) zu den Klöckner-Werken gehört und dass Skoda nur eine 26 %ige Beteiligung daran erhält. Klöckner trägt also die volle Verantwortung für die Fertigung in Gurein und für die Lösung der dort auftauchenden sozialen Fragen besonderer Art. Z. Zt. sind in Gurein 1200 abgeordnete Hamburger tätig, die zum Teil ihre Familien bei sich haben. Die augenblickliche Gesamtbelegschaft beträgt 4500; sie soll bis Herbst 1944 auf 12 - 15 000 Kräfte gesteigert werden.

Bei der Rüstungsinspektion Prag, der die Betreuung des Rüstungsbetriebes Gurein obliegt, fand gestern unter Zuziehung des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit und des Zentralverbandes der Industrie eine sehr eingehende Aussprache über die Gureiner Verhältnisse statt. Generalmajor Hernekamp will darüber in der Sitzung des Zentralwirtschaftsstabes nächste Woche berichten. Im Vordergrund stand die Ernährungslage, zu der Vertreter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Staatsministeriums Stellung genommen haben. Die Kartoffelzuteilung ebenso wie die Gemüsezuteilung wurden von der Betriebsleitung von Klöckner als völlig unzureichend bezeichnet.

Mit der Behandlung aller mit Gurein zusammenhängenden Fragen - mit Ausnahme der lehnordnenden Massnahmen, die ORR Stücke bearbeitet - habe ich in meiner Hauptabteilung den W-Sturmbannführer Rittershausen betraut, der nächster Tage zu einer nochmaligen Besichtigung und Besprechung an Ort und Stelle nach Gurein und Brünn fahren wird.

Handwritten:
In Kenntnis
Inwiefern die Angelegenheit in
dieser Hinsicht

Handwritten signature: [Signature]

Handwritten: 2137/43

Dr. WALTER BERTSCH
MINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT
IN DER PROTEKTORATSREGIERUNG

PRAG XIX, den 3. November 1943
BUBENTSCHERSTRASSE 22

- Nr. 2137/43 -

Einschreiben!

Herrn

Ministerialdirektor a.D. M a r o t z k e
Vorstandsvorsitzer der Klöckner-Werke A.G.

D u i s b u r g

Klöckner-Haus.

Sehr geehrter Herr Marotzke!

Zunächst danke ich Ihnen nochmals für Ihren Besuch vom 23.v. Mts. Es war mir wertvoll, mich mit Ihnen über die bevorstehende Aufsichtsratssitzung und Generalversammlung der Batá A.G. in Zlin und vor allem auch über die Arbeit von Klöckner in Gurein unterhalten zu können.

Da das Finanzministerium die Verordnungen über die Einführung der Körperschaftssteuer und im Zusammenhang damit über die Neubewertung der Bilanzen noch immer nicht herausgebracht hat, kann die Bilanzsitzung 1942 bei Batá frühestens Mitte Dezember ds.Js. stattfinden, ein mißlicher Zustand.

Mit besonderem Interesse habe ich von Ihnen gehört, dass beabsichtigt ist, Ihren Vorstandskollegen, Herrn S t e i n, nach Gurein abzuordnen. Damit würde zum Ausdruck gebracht, welche Bedeutung seitens Ihres Konzerns dem im Aufbau begriffenen großen Werk bei Brünn beigegeben wird. Ich würde diese personelle Lösung vor allem auch deshalb sehr begrüßen, weil Herr Stein ein anerkannter, ideenreicher Sozialpolitiker ist. Bei Gurein kommt es ja, worüber wir uns bei unserem kürzlichen Gespräch einig waren, ebenso sehr wie auf die Fertigung auf eine kluge und vernünftige Behandlung der sozialen Probleme an. Sie erhalten ihre besondere Betonung durch die aus Hamburg in grossem Umfang hierher abgeordneten Arbeitnehmer. Aus der Zusammenarbeit und aus dem Zusammenleben mit den Protektoratsangehörigen ergeben sich Gefahrenmomente, die nicht unterschätzt werden dürfen. Ob Direktor Messerschmidt, über dessen Persönlichkeit wir ja ebenfalls gesprochen^{haben} und dessen Wendigkeit, Geschicklichkeit und Fleiss in keiner Weise bezweifelt werden sollen, diesen sehr schwierigen sozialen Fragen auf die Dauer allein gerecht werden wird, möchte ich dahingestellt sein lassen.

26a

Wie mir Präsident Voss sagte, ist nunmehr entschieden, dass die Führung in Gurein bei Klöckner liegt, so dass auch diese Voraussetzung zur Entsendung Ihres Herrn Stein nunmehr in Ihrem Sinne geklärt ist. Ich wäre Ihnen zu Dank verbunden, wenn Sie auf eine baldige Entscheidung dringen würden.

Mit Direktor Messerschmidt habe ich heute alle schwebenden Fragen bezüglich Gurein persönlich besprochen. Es handelte sich dabei in erster Linie um die Unterbringungsfrage, die Bezugscheinfrage, die Frage des Verhaltens der Hamburger gegenüber den protektoratsangehörigen Arbeitskameraden und gegenüber der Protektoratsbevölkerung, ferner um die Ernährungsfrage, über die ich mich unterrichten liess, für die ich selbst aber keinerlei Zuständigkeit habe. Um alle diese sehr heiklen Fragen zu meistern, bedarf es eines ebenso ruhigen wie sicheren, über den Dingen stehenden deutschen Industriellen, der notfalls auch rücksichtslos durchzugreifen versteht.

Mit herzlichen Grüssen und Heil Hitler!

Jhr

(gez.) B e r t s c h .



32266

ZENTRALVERBAND DER INDUSTRIE FÜR BÖHMEN UND MÄHREN

Prag-II, Karl Lažnevský-Ufer 60

Fernruf: 476-51, 467-34.

Drahtanschrift: Zentralindus

Herrn

Ministerialrat Dr. Robert G i e s ,
//-Obersturmbannführer,

P r a g I V.,
Czerninpalais.

GEHEIM

Ministeramt

Empf.: 14. OKT. 1943

PRAG

Unser Zeichen

Dr. Schl./2.

13. Oktober 1943.

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Betreff:

Bei der Antwort bitte Zeichen
und Geschäftszahl wiederholen.

Sehr geehrter Herr Ministerialrat !

Im Auftrage von Dr. Adolf übersende ich anliegend
zwei Berichte von Herrn Dipl. Ing. Steinsdörfer über Be-
triebsbesichtigungen bei den Klöcknerwerken in Gurein
und den Ostmarkwerken in Lösch mit der Bitte um Vorlage
beim Herrn Staatsminister.

Heil Hitler!
Zentralverband der Industrie für
Böhmen und Mähren

Präsidialbüro:

*1/ Herrn Min. Rat. Gies
und
dem 10. 3. d. Prag*

Prag, den 11. Oktober 1943

B e r i c h t

Besichtigung der Ostmark-Werke, Betrieb Lösch am 6. und 7.10.1943

Das Werk ist 1941 gebaut. Produktionsbeginn Frühjahr 1943. Nach neuesten Erfahrungen gebaut. Fertigung von Spritz- und Regelgeräten, Steuerschieber mit Barometerdosen für die Luftwaffe /Jägerprogramm/. Höchst empfindliche feinmechanische Fertigung.

Stand der Belegschaft:

Gehaltsempfänger 700, davon 37 % Deutsche, 37 % Frauen.
Lohnempfänger 3.500, davon 5,3 % Deutsche 18 % Frauen.
230 deutsche Lehrjungen fast durchwegs aus den Alpenländern. Aufstockung der Gefolgschaft: bis Ende 1944 auf 3.000 Kräfte.

Festgestellt wurde:

1./ Wohnverhältnisse:

vorhanden:

- a/ 12 Wohnbaracken für ca 1.320 Mann. Zur Zeit nur mit ca 350 - 400 Mann belegt. Das Bild der Baracken äusserst schlecht, sehr schmutzig. Sollen verwant sein. Mäuse, Ratten. Grosses Koksager inmitten der Anlage. In einzelnen Baracken noch Baumaterial in Depots untergebracht.
- b/ Eine Werksiedlung von 20 Doppelhäusern /RIM Holzhäusersiedlung/ für deutsche Familien ist fast fertiggestellt.
- c/ 6 Wohnbaracken für die Lehrjungen. Gut und schön gestaltet.
- d/ für 1.150 Arbeitskräfte muss noch im Jahr 1944 Wohnraum geschaffen werden. Vom Betriebsführer noch keine Vorsorge dafür getroffen.

2./ Verpflegung der Gefolgschaft:

Lohn- und Gehaltsempfänger gemeinsam in Gemeinschaftsküche.
1.950 Mittagessen.

3./ Hygienische Betreuung:

Vorhanden Sanitätshaus mit Betriebsarzt und Sanitätspersonal.
Zahnambulatorium. Ebenfalls Unfallingenieur.

Verluststundenbild: Durch Krankheit bei Arbeitern 6 %, bei Angestellten 7,3 %, Verluststunden im Durchschnitt.
Durch unentschuldigtes Fehlen, Bummelanten, etc. im August 1,3 %, sonst unter 0,5 %.

4. Betriebliches:

- a./ Umschulung eingerichtet, läuft gut. 250 Arbeitskräfte werden pro 8 Wochen umgeschult.
- b./ Fehlender Betriebs- und Angestelltenausschuss ist durch ein Sprechersystem ersetzt, deren Vorsitz der Betriebsobmann führt. Bewährt sich gut.
- c./ Der Sozialbeauftragte ist seiner Aufgabe nicht gewachsen. Ist in seiner Stellung zu wenig gewichtig und den Betriebsbelangen und der Fertigung gegenüber zu fremd.
- d./ Der Betriebsführer gibt selbst grossen Ausschuss zu. Neben Fehlen gewisser Spezialmaschinen, Ursachen: zu wenig Sorgfalt in der Erziehung einer Stammgefolgschaft durch Auslese. Versagen der Kontrollorgane hinsichtlich Arbeitsdisziplin und Fertigung. Versagen des Unterführerkorps. Fehlende Betriebsleiterbesprechungen. Klagen der Betriebsleiter, zu Betriebsassistenten heruntergedrückt werden.

Anzuordnende Massnahmen:

- 1./ Austausch des Betriebsführers, der in der Menschenführung zu versagen scheint. Sehr "Ich" betont, sehr selbtherrlich. Wenig Kontakt, abgesehen mit den Betriebsleitern auch mit den Arbeitern.
- 2./ Der Unterbringung von Arbeitern ist vom Betrieb aus grösste Sorgfalt zu widmen. Wird durch Rüstungsobmann veranlasst.

- 3./ Der Sozialbeauftragte ist
scheint dafür geeignet. W
- 4./ Die Frage "Selbstversorge
lich Verpflegung muss dri

- 7./ Prüfung der Verkehrslage Brunn- Ostmarkwerke - Lösch. Der Ver-
kehrsbeauftragte des Zentralverbandes der Industrie wird damit
beauftragt.

Heinrich

31

B e r i c h t .

Betrifft: Betriebsbesichtigung Klöckner-Werke Hamburg ,
Werk Gurein bei Brünn , am 28. 9. 1943.

Die Klöckner-Werke wurden im März - April 1943 von Hamburg nach Gurein eingewiesen. Das Werk Gurein ist gut ange-
laufen. Die Belegschaft: zur Zeit 3000 - 3500 Fertigungs- u. Bau-
arbeiter davon ca 1000 Deutsche. Notwendige und vorgesehene Auf-
stockung: auf 12000 Arbeiter.

Festgestellt wurde:

1./ Wohnverhältnisse.

Vorhanden sind:

a/ Wohnbaracken der Brünnener Waffenwerke in denen der Grossteil der Belegschaft untergebracht ist darunter auch getrennt von den tschechischen Arbeitern ca 220 zum Teil bombengeschädigte deutsche Familien aus Hamburg. Zu sorgen ist für eine bessere Ausstattung der Wohnräume mit Bettwäsche bzw. Wolldecken und einzelnen Möbelstücken, für Schuhwerk /Gummistiefel/ der Frauen und Kinder wegen der Strassenverhältnisse, für eine ausreichende Karte und Mangelwarenzuteilung /Gemüse, Geflügel, Wild, selben Ausmasse wie in Brünn. Geklagt wurde über von Cigaretten an deutsche Frauen und über die der Parteigenossen durch die Partei.

b/ Planung einer Wohnsiedlung. Erste Bausthäuser in der Nähe von Gurein für die deutschen Familien bei Beistellung von 350 Bauarbeitern. Fertigstellung der Siedlung bis Jänner 1944 möglich.

c/ Weitere 15 Wohnbaracken für Fertigungsarbeiter sind vorgesehen, 4 in Aufstellung begriffen; für eine rasche Anlieferung des Restes wird gesorgt.

./.

Br

Schwierigkeiten beim Transport von Arbeitern und von Gütern zwischen Brünn und Gurein.

Veranlasst wurde :

- 1./ Eine sofortige Zuteilung von 600⁰ Wolldecken. Die Zentralstelle für öffentliche Aufträge wurde auf die dringende Lieferung von Bettdecken hingewiesen.
- 2./ Die am 15.10.1943 nicht bezogenen Judenwohnungen werden als Wohnräume freigegeben.
- 3./ Des [redacted] en Gegenständen bei [redacted] n wird bevorzugt [redacted] der und darüber-
- 4./ Mit [redacted] ung über die Fax [redacted]
- 5./ Das [redacted] llung von [redacted]
- 4 Ausweichen auf der Eisenbahn [redacted] sodass ab 1. November 1943 [redacted] 1944 12000 Arbeiter befördert [redacted] kehr mit 200 Waggons täglich [redacted]
- 6./ Der Betriebsführer bekam [redacted] eine neue Barackenstadt [redacted]

Der Rüstungsinspekteur
des Reichsministers für Bewaffnung
u. Munition im Protektorat Böhmen
und Mähren.

Prag, am 5. Oktober 1943.

Ministeramt
- 6. OKT. 1943

Br. B. Nr. 2686/43.

An den
Herrn Reichsstatt
Gauleiter Dr. J u
SS Obergruppenführ

W i e n I.
Minoritenplatz 8.

Betrifft: Raum- und Wohnungsnot in Gross-Brünn.

Im Zuge der kriegsbedingten Verlegung von Rüstungsferti-
gungen aus dem übrigen Reichsgebiet in das Protektorat Böhmen und
Mähren wird seit einigen Monaten die Flugmotorenfertigung der
Klöcknerwerke von Hamburg nach Brünn-Gurein verlagert. Unter den
Schwierigkeiten, die sich dem Ausbau der Fertigung in Gurein ent-
gegenstellen, steht derzeit im Vordergrund die Unterbringung der
Gefolgschaftsmitglieder.

Nach und nach sind noch etwa 8000 ortsfremde tschechische
Arbeitskräfte unterzubringen, für die vor allem Massenunterkünfte
geschaffen werden sollen. Besondere Sorge aber bereitet mir die Un-
terbringung der deutschen Gefolgschaftsmitglieder der Klöcknerwerke
und ihrer Familienangehörigen, die infolge der Zerstörung Hamburgs
in grösserem Umfange und in schnellerem Tempo, als ursprünglich
vorgesehen, nach Gross-Brünn übersiedeln. Insgesamt ist mit dem
Zuzuge von etwa 3900 deutschen Volksgenossen zu rechnen.

Handwritten note:
4. 10. 43
Klöcknerwerke

34a

der deutschen Gefolgschaftsmitglieder von Klöckner und ihrer Angehörigen das Ausbringen des wichtigen Motorenwerkes in Gurein ernstlich gefährdet, zumal die Baracken, in denen sie zum Teil ein notdürftiges Unterkommen gefunden haben, demnächst für neu zuweisende Arbeitskräfte freigemacht werden müssen.

Unter diesen Umständen habe ich den Herrn Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren, SS-Obergruppenführer K.H. F r a n k, gebeten, durch geeignete Massnahmen dafür Sorge zu tragen, dass diese deutschen Volksgenossen beschleunigt in Brünn so untergebracht werden, dass die Durchführung der den Klöcknerwerken in Gurein obliegenden kriegsentscheidenden Rüstungs-

Der Rüstungsinspekteur
 d. Reichsm. f. Rüstung u. Kriegsproduktion
 im Protektorat Böhmen u. Mähren
 Br. B. Nr. 2611/43

Prag, den 29. Sept. 1943.
 30. SEP. 1943

An den

Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren
 SS-Obergruppenführer Karl Hermann Frank,
Prag IV,
 Czernin-Palais

Betr.: Unterbringung der deutschen Gefolgschaftsmitglieder
 der Klöckner Flugmotoren GmbH, Brünn-Gurein.

Im Zuge der kriegsbedingten Verlegung von Rüstungsfertigungen aus dem übrigen Reichsgebiet in das Protektorat wird die Flugmotorenfertigung der Klöckner-Werke von Hamburg nach Brünn-Gurein verlagert. Unter den Schwierigkeiten, die sich dem Aufbruch in Gurein entgegenstellen, steht derzeit im Vordergrund die Unterbringung der Gefolgschaftsmitglieder.

Planmäßig war von vornherein der Zuzug von Gefolgschaftsmitgliedern von Hamburg nach Gurein in Aussicht genommen. Außerdem sind noch etwa 8000 ortsfremde tschechische Arbeitskräfte und nach von den Arbeitsämtern des Protektorats zugeführt. Darüber hinaus muss mit dem Zuzuge von 2250 bis 2500 Gefolgschaftsmitgliedern der deutschen Gefolgschaftsmitglieder gerechnet werden.

St. M. XI A-69 f/43

35a

Die Beauftragten des mir unterstellten Raum-Erkundungsamtes haben seit Monaten versucht, Räume zu ermitteln, die zu Massenunterkünften für die von auswärts zuzuweisenden, meist jüngeren tschechischen Arbeitskräfte ausgestaltet werden können. Obwohl ihre Erkundungen in enger Zusammenarbeit mit allen beteiligten örtlichen Dienststellen durchgeführt wurden, haben sie nur für etwa 2.000 Personen geeignete Massenunterkünfte ergeben. Alle Versuche, diese völlig unzureichende Zahl zu steigern, stossen auf kaum überwindbare Schwierigkeiten. Die Stadtverwaltung von Brünn hat sich ihrerseits vorbildlich bemüht, für die deutschen Gefolgschaftsmitglieder von Klöckner und ihre Angehörigen Einzelwohnungen zu beschaffen, doch konnten bisher tatsächlich erst 35 Wohnungen zur Verfügung gestellt werden und in einer Schule in der Lehmstätte sollen weitere 30 Einzimmerwohnungen eingerichtet werden.

Da sich hierbei zeigte, dass die Wohnungs- und Raumnot in Gross-Brünn weit schwerwiegender ist als angenommen worden war, haben ich selbst und in meinem Auftrage der Leiter meines Raum-Erkundungsamtes wiederholt eingehend mit den örtlichen Stellen in Brünn verhandelt. Dabei wurde Einigkeit über folgende notwendigen Massnahmen erzielt :

- 1/ Die zahlreichen in Brünn festgestellten zweckentfremdeten Wohnungen, die gegenwärtig durch Wirtschaftsgruppen und -verbände, durch Behörden, Gliederungen der Partei und andere Dienststellen in Anspruch genommen werden, sollten nach Möglichkeit durch die Unterbringung dieser Stellen in stillgelegten Läden, Kaffehäusern und Geschäftsräumen oder in neu zu erstellenden Baracken freigemacht werden. Wie aus der beifolgenden Uebersicht hervorgeht, müsste es möglich sein, hierdurch mindestens 75 bis 100 Wohnungen zu gewinnen.
- 2/ Die bereits eingeleitete Aktion zur Zusammenlegung von Rechtsanwaltskanzleien, sowie zur Zusammendrängung anderer Dienst- und Geschäftsräume sollte tatkräftig weitergeführt werden.
- 3/ Ueber die von der SS beschlagnahmten Wohnungen ehemals jüdischer Inhaber konnte eine Uebersicht bisher nicht gegeben werden, Aus ihnen und aus Wohnungen, die durch Mischehen belegt sind und die seither für die Unter-

32255



bringung von Schwerkriegsbeschädigten für die Zeit nach dem Kriege bereitgehalten werden, könnte wohl in nicht unbeträchtlichem Umfange weiterer Wohnraum beschafft werden.

- 4/ Die Inanspruchnahme überzähliger Räume in unangemessen grossen Wohnungen durch das Wohnungsamt der Stadt Brünn sollte in der für Notstände vorgesehenen Form erleichtert werden.

Die Brünnner Stadtverwaltung hatte in den erwähnten Verhandlungen zahlreiche Anregungen gegeben, die ein Sofortprogramm, kurzfristige und langfristige Massnahmen umfassen, und die unter anderem verschiedene Aenderungen der Gesetzgebung anstrebten. Bei Besprechungen die in meinem Auftrage der Leiter meines Raum-Erkundungsamtes mit dem Leiter Ihrer Hauptabteilung I, Oberlandrat Frhr.von W a t t e r , und mit dem Leiter Ihrer Abteilung I 3a, Ministerialrat Dr. R ö s s l e r , hierüber geführt hat, kam die einheitliche Auffassung zustande, dass für weitere gesetzgeberische Massnahmen derzeit wohl kein Anlass besteht, dass aber der Wunsch nach einheitlicherer und energischerer Durchführung der Wohnraumbewirtschaftung in Gross-Brünn gerechtfertigt ist. Insbesondere scheint es mir erforderlich, dass dem Oberbürgermeister oder dem Polizeipräsidenten von Brünn in dieser Hinsicht verstärkte Vollmachten gegeben werden.

In meiner Eigenschaft als Vorsitzter der Rüstungskommission und Ihr Beauftragter für die Sicherung und Lenkung des Raumbedarfs habe ich dementsprechend dafür Sorge getragen, dass weitere Rüstungsfertigungen im allgemeinen nicht nach Brünn verlegt worden sind, dagegen wird der verfügbare Raum in weitgehendem Masse durch Lagerungen aller Art in Anspruch genommen. Als besonders folgenschwer erweist sich für die beschränkten Brünnner Unterkunftsverhältnisse die geplante Verlegung der Technischen Akademie der SS nach Brünn.

Bei meiner Verantwortung für die Rüstungswirtschaft im Proktorat muss ich Ihr Augenmerk auf die Sorge lenken, dass die völlig unzulängliche Unterbringung der deutschen Gefolgschaftsmitglieder von Klöckner und ihrer Angehörigen das Ausbringen des wichtigen Motorenwerks in Gurein ernstlich gefährdet. Diese Gefahr wird dadurch erhöht, dass die Baracken in Gurein demnächst für neu zuzuweisende Arbeitskräfte freigemacht werden müssen. Davon abgesehen, dürfte die Massenunterbringung der deutschen Volksgenossen in diesen wohl Anlass zu po-

36a

- 4 -

litischen Schwierigkeiten geben, die sich jetzt schon abzeichnen beginnen.

Wenn auch die Erstellung von Unterkünften für die infolge der Industrieverlagerung in den Brünnner Raum zu überführenden Arbeitskräfte grundsätzlich Aufgabe des Bedarfsträgers sein mag, durch den und in dessen Interesse die Verlagerung erfolgt, obliegt die Fürsorge für deren einstweilige Unterbringung doch zweifellos den Gemeindebehörden, nicht minder aber die Betreuung der aus Hamburg nach Brünn geflüchteten deutschen Volksgenossen.

Ich bitte Sie daher, durch geeignete Massnahmen der oben angedeuteten Art dafür Sorge zu tragen, dass die deutschen Gefolgschaftsmitglieder von Klöckner und ihre Familien, die fast ausnahmslos Bombengeschädigte sind, beschleunigt in Brünn so untergebracht werden, dass die Durchführung der den Klöckner-Werken in Gurein obliegenden kriegsentscheidenden Rüstungsaufgaben aus dieser Richtung nicht länger in Frage gestellt wird.

Anl.2/

Ein Bericht der Firma Klöckner-Flugmotorenbau GmbH in Brünn ist ~~mit der Bitte um Rückgabe~~ beigelegt.

2 Anlagen.

Keruebaum

32254



A b s c h r i f t

motorenbau

tektorat

8.

Aktenvermerk.

Es sind

Herr Re
veranla
Weise e

Von Sei
nungen)
als Aus
benschä

Es ist
Wohnung

Weiterk

ungen, die heute in wo
ten Geschäftsräume, Ka
shkeiten zu verlegen o
Weise in einem grösse

twa 75 bis 100 Wohnung

wird unsere Werksiedlu
r Auftrag auf Errichtu
worden, die bis Ende d
alls uns die nötige An
ag gestellt wird.

port zur Durchführung

H. Wally

Hauptmann

Prüf

entfremdeter Wohnraum

+ Zimmerwohnung

+ Zimmerwohnung

+ Zimmerwohnung

Betrifft

Protekto

Salzants

Salzants

r Wohnraum

Betr. : Zweckentfremdeter Wohnraum

Böhmisch_Mährische Bahnen

Augustinergasse 14

2 4 Zimmerwohnungen

Smetanagasse 49

3 4 Zimmerwohnungen

R.Heydrich Strasse 48

7 Kanzleien

Krapfengasse 4

DER
OBERBÜRGERMEISTER



DER LANDESHAUPTSTADT
BRÜNN

BRÜNN, am 27. September 1943.
Fernsprecher 19.820 - Klappe 200

Ministerialrat

Eing.: 30. SEP. 1943

Herrn

Ministerialrat Dr. G i e s
Persönlicher Referent des
Deutschen Staatsministers in Böhmen und Mähren

in P r a g IV.

Czerninpalais.

Sehr geehrter Herr Ministerialrat !

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 20.d.Mts., das erst heute in meine Hände gelangte, und erlaube ich mir, Ihnen mitzuteilen, dass die von Ihnen vermittelte Aussprache am Dienstag den 21.d. bei Herrn Ministerialrat Rössler, in Anwesenheit des Herrn Regierungsrates Gawanat, stattgefunden hat. Ich habe die von mir seinerzeit schriftlich festgelegten Ausführungen, bezüglich des Wohnungsproblems, eingehend mit den genannten Herren besprochen und dürften bereits die Vorschläge derselben an den Herrn Staatsminister erfolgt sein. Ich danke Ihnen jedenfalls bestens für Ihr energisches Eingreifen in dieser für Brunn so wichtigen Sache und hoffe ich nunmehr alle weiteren Einzelheiten direkt mit den beiden oben genannten Herren erledigen zu können. -

Sie auch in Hinkunft um Ihre werthe Unterstützung bittend verbleibe ich

Heil Hitler!

Ihr ergebener

54a
vorhanden, deren Freimachung in Aussicht genommen ist. Entsprechende Umsiedlungs- und Zeitstufenpläne werden ausgearbeitet.

Zu dieser Frage äußerte sich der Oberbürgermeister dahin, daß ein großer Teil der öffentlichen Dienststellen und privaten Betriebe große Schwierigkeiten machen werde und er unter den jetzigen Verhältnissen nicht die genügende Durchschlagkraft besitze. Es werde kaum zu umgehen sein, für Brünn Stadt und Brünn Land einen geeigneten Wohnungskommissar zu bestellen, der mit den nötigen Vollmachten ausgestattet ist und sich den Dienststellen gegenüber hinsichtlich der Umsiedlung und Zusammenlegung durchsetzen könne.

B) Nachmittagbesprechung

An dieser nahmen außer den Vertretern am Vormittag noch teil:

- a) Oberlandrat Dr. Frhr. v. Watter,
Hauptabteilungsleiter I
- b) Präsident Rukwied,
Bevollmächtigter für das Bauwesen.

Die Hauptstadt Brünn hatte im Hinblick auf die außerordentliche Wohnungsnot einen Antrag auf Erteilung einer Ausnahmebewilligung zur Errichtung von 68 Wohnungen vorgelegt. Dieser ist jedoch von Präsident Rukwied aus den allgemein bekannten Gründen abgelehnt worden. Es wurden erneut die Wohnverhältnisse in Brünn erörtert und die Beteiligten kamen zu der Auffassung, daß unbedingt neuer Wohnraum geschaffen werden müsse. Präsident Rukwied stellte hierbei fest, daß die verlagerten kriegsentscheidenden Industriebetriebe für die Unterbringung ihrer Gefolgschaftsmitglieder und somit für den Neubau von Wohnungen zuständig seien. Es sei viel leichter eine Ausnahmebewilligung vom Bauverbot zu erhalten, wenn als Bauträger der kriegsentscheidende Betrieb auftritt und die entsprechenden Anträge stellt. Derartige Anträge wird Präsident Rukwied unterstützen. Oberbürgermeister Judex sagte zu, sich dieserhalb mit den einzelnen Werken ins Benehmen zu setzen. Auf Vorstellungen erklärte sich Präsident Rukwied außerdem bereit, auch die Ausnahmebewilligung vom Bauverbot für die beantragten 68 Wohnungen befürwortend weiter zu geben. Ein entsprechender Antrag wäre bis Donnerstag früh zu stellen.

Abschließend wurden in Abwesenheit von Präsident Rukwied nochmals die Probleme auf dem Gebiete der Wohnraumbeschaffung

32233



in Brünn erörtert. Vor allen Dingen wurde die Ernennung eines Wohnungskommissars besprochen, wobei Oberbürgermeister Judex ausdrücklich betonte, daß für die Freimachung von Wohnraum und Zusammenlegung von Dienststellen und Betrieben für Brünn der starke Mann mit besonderen Vollmachten fehle, denn nur dieser könne die erwähnten Aufgaben meistern.

Prag, den 21. September 1943

Javenak

Prag

0/Ww/28/43

ilungsleiter I,

einzelnen
geleistet

60a

Dienststellen, damit Wohnraum frei wird, evtl. durch Verlagerung in aufzustellende Baracken,

d) Teilung großer Wohnungen und Umbau sonstiger Räume zu Wohnungen,

e) alsbaldige Verteilung der noch zur Verfügung stehenden 1000 Judenwohnungen,

f) Heranziehen von Reservierungsfonds in Reserve gehaltenen Judenwohnungen

g) Verhinderung von Wohnungssuchender nach Prag,

h) weitere Befreiung von Wohnraum dienen können, wie Inanspruchnahme großen Wohnraums auf Grund der Reg.Vdg.Slg.l. auf Grund von Pensionistenwohnungs- in öffentlich-richtige Planung bei Industrie- verlagerungen.

Prof. Dr. Wurm zu, daß auf allen Gebieten

bereits geeignete Maßnahmen ergriffen werden, die Möglichkeit bestehe, eine ganze Anzahl von Wohnungen zu unterzubringen. Hinsichtlich der Erstellung von Baracken sind die erforderlichen Verhandlungen in Ordnung. Immer wieder kam jedoch zum Ausdruck, daß sich der Beschaffung von Wohnraum, Freimachung von Wohnun- gen und Zusammenlegung öffentlicher und Wohnun- le star- en Un- ilitär- ke Hand in Prag fehle. Der Oberbürgermeister nehmen und vor allen Dingen den deu-

1930. nach dem
n, welche Maß-
ch bitte, ver-
die auch hier
ohnungsmarkt in

r !

64a)

Die Stimmung der Bewo
sprechend im Augenbli
Man muss sich aber da
Jahreszeit bald vorbe
mehr von dem Eindruck
fernen. Die alltäglic
mehr Gewicht und dami

zu nie abreisenden Sc
tten ist. Die Erfahrun
einer Männergemeinsch
inungsverschiedenheite
ie nicht über einen ei
r Zeit verfeindet sind
gkeiten können wir uns
Augen der Tschechen ni

af schnellstem Wege Wo
behelfsmässige Baracke

Ich schlage vor:

- 1.) Den Beauftragten des Kreisleiters in Brünn für die Betreuung und Unterbringung deutscher Bombengeschädigter, Pg. L o t z, neben seinem allgemeinen Auftrag für diesen Einzelfall mit einer besonderen staatlichen Weisung zu versehen.
- 2.) Alle Doppelwohnungen, grossen Wohnungen, Büroräume, die sich zum Ausbau von Wohnräumen eignen, auf Grund dieser Vollmacht unter Zuhilfenahme des Reichsleistungsgesetzes für die Unterbringung der Familien freizumachen.
- 3.) Zur Durchführung dieser Arbeiten dem Beauftragten des Kreisleiters 4 Mitarbeiter des Einsatzstabes II zuzuteilen, die mit besonderen Vollmachten ausgestattet sind, um Wohnraum festzustellen, heranzuziehen und ihn gemeinsam mit der Bauabteilung der Klöckner-Werke auszubauen.
- 4.) Die in Brünn von der SS und Polizei vorsorglich sichergestellten und ausgebauten Wohnungen freizugeben.

Heil Hitler !

Der Beauftragte der Parteiverbindungsstelle für die Unterbringung

inmatt
12/9

DER
OBERBÜRGERMEISTER

BRÜNN, am 1. September 1943
Fernsprecher 19.820 - Klappe 200



DER LANDESHAUPTSTADT
BRÜNN

Herrn

Ministerialrat Dr. G i e s,
SS-Obersturmbannführer,

kopiert auf dem Brief!

Prag IV,
Czernin-Palais.

Leons Savenat

Sehr geehrter Herr Ministerialrat!

gegen Einzug nicht

Ich nehme Bezug auf meine Schreiben vom 23. Juli 1943
an den Herrn Staatsminister SS-Obergruppenführer K.H. Frank sowie
an Sie sehr geehrter Herr Ministerialrat.

7 Anlage

Zur Kopie

Im Zuge der Massnahmen zur Schaffung von zusätzlichem
Wohnraum für die notwendige Unterbringung der Gefolgschaften der
nach Brünn verlagerten Industrien hat mein Wohnungsamt einen umfang-
reichen Bericht ausgearbeitet, der alle notwendigen Massnahmen zusam-
menfasst, die getroffen werden müssen, um das Wohnungsproblem in Brünn

gegen 11/11

Wohnungsamt

zu lösen, soweit dies
überhaupt möglich ist.

Dieser Bericht wur-
de unter der Leitung des Raumerkundungs-
amtes unter der Leitung des
Herrn Stadtbauamtsleiters
als massgebender Betrieb
des Landesplaners einer e-
rklärenden und begründeten
Anmütig der Wunsch zum
Abmilderung der Verschärfungen
Anlagen 103/43 und 218/43

66a
1168-31

und F des Berichtes meines Wohnungsamtes. Vor allem aber erscheint die Vereinigung der gesamten Raumplanung im Bereiche von Gross-Brünn, soweit sie nicht im militärischen Interesse in der Hand des mil. Erkunders liegt, in einer Hand notwendig.

Brünn ist nun nicht nur Wohnungsnotstandsgebiet, sondern durch die steigende Zuziedlung der Familienangehörigen unserer Rüstungsarbeiter aus Hamburg und Köln zu einem Ausnahmsgebiet geworden, das zur Bewältigung der Raumfrage auch Ausnahmsbestimmungen notwendig macht.

Von der Schnelligkeit mit welcher solche Ausnahmsbestimmungen im Verordnungswege angeordnet werden, wird der Erfolg ganz wesentlich abhängen, doch muss auch mit Rücksicht auf die Mentalität der Bevölkerung Vorsorge getroffen werden, dass die zahlreichen von den bereits erwähnten Wehrmacht-, SS-, Polizei- und sonstigen öffentlichen Dienststellen einschliesslich zweckentfremdeten Wohnungen rasch beispielhaft vorangehen.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Staatsminister nach Ihrem Ermessen beiliegenden Bericht Mitteilung Beschleunigung der Angelegenheit

Ihr ergebener

- 1./ Bericht
- 2./ Motivenbericht
- 3./ Beilagen über zweckentfremdete Wohnungen.



224

B e r i c h t

über die zur Lenkung des Wohnungsmarktes in Brünn
notwendigen Massnahmen. •

- I. B e r i c h t
- II. Motivenbericht
- III. Beilagen.



B e r i c h t

über die im Interesse einer einheitlichen Raumlenkung in Brünn zu treffenden Massnahmen.

Die Kriegsereignisse im Westen und Norden des Reiches brachten für Brünn den Zuzug kriegswichtiger Werke. Die Raumfrage hat sich mit Rücksicht auf die schon früher bestehende Wohnungsnot dadurch bis zur Untragbarkeit verschlimmert.

Die Lösung der Raumfrage für die Rüstungswerke wurde durch die restlose Erfassung aller Grossräume im Ausmasse von über 300 m² in der Hand des „Erkundungsbeauftragten der Wehrmacht“ vorläufig geregelt, da im Bedarfsfalle auch die Umlagerung von ganzen Betrieben in ausgenützte oder mangelhaft ausgenützte Fertigungsstätten anordnen kann. Eine allgemein gültige Regelung der Raumfrage bei Räumen unter 300 m², fehlt bisher.

Die Lösung der Raumfrage für die Unterbringung der mit den oben genannten Werken zugesiedelten Gefolgschaften und deren Familien, bedarf einer alle verfügbaren Räume umfassenden Planung, wenn nicht durch fehlende Unterbringungsmöglichkeit der Arbeitsfrieden und damit der Arbeitserfolg in der Rüstungsindustrie gefährdet werden soll.

Hiezu ist erforderlich:

I. ein Sofortprogramm, welches folgende Punkte umfasst:

- 1.) Verbot der selbständigen Vermietung, nicht nur von Wohnungen, sondern aller durch Kündigung oder Vertragsauflösung frei werdenden Räume.

Dies bedeutet eine Erweiterung der Reg. Vdg. 103/43 Slg. auch auf Geschäftsräume, öffentliche Dienststellen, Privatbetriebe und auf Untermietverhältnisse (siehe Motivenbericht I/1)

- 2.) Erfassung aller Räume und Ueberprüfung auf ihre Ausnützung, sowie auf ihre allfällige Einnung für Wohnzwecke. Absolutes Verbot jeder neuen Zweckentfremdung (siehe Motivenbericht I/2).

- 3.) Erfassung der im Zuge der Reg. Vdg. 44/43 Slg. stillgelegten Betriebe gleichfalls bezüglich ihrer Einnung entweder
 - a) als Wohnungen
 - b) als Ersatzräume für jene öffentlichen Dienststellen und privaten Betriebe, die bisher Wohnraum zweckentfremden. Damit im Zusammenhang, Einstellung der Bewilligungen zur Wiedereröffnung stillgelegter Betriebe (siehe Motivenbericht I/3).

III. Langfristige Massnahmen.

1. Errichtung von Wohnungs- und Kanzleibracken (siehe Motivenbericht III/1-2).
2. Errichtung von Stabilbauten (Wohnhausblocks) in kriegsbedingt einfacher Ausführung, wobei lediglich die Zahl der geschaffenen Schlafräume ausschlaggebend sein dürfte und nicht deren komfortable Ausstattung; allenfalls wären Gemeinschaftswohnraum und Gemeinschaftsküche vorzuziehen. (siehe Motivenbericht).

Zur Erreichung der vorgenannten Ziele werden folgende Vorschläge zur Aenderung der Reg.Vdg. 103/43 Slg. und der Novelle 218/43 Slg. erstattet:

- A) Ausdehnung der Reg.Vdg. 103/43 Slg. und 218/43 Slg. über Massnahmen zur Lenkung des Wohnungsmarktes auf die Raumlenkung allgemein, also auch auf Geschäftslokale, Kanzleien, Gaststätten und ähnliche sowie auf stillgelegte Betriebe und Untermietverhältnisse.
- B) Erweiterung der Reg.Vdg. 103/43 und 218/43 Slg. mindestens auf das Mass der Vdg. zur Wohnraumlenkung die im übrigen Reichsgebiet in Kraft steht (RGBl. I Nr. 124 vom 8. 11. 43) wobei
 1. der Begriff „unangemessen grosse Wohnung“ enger wäre. Als zulässig darf nur 1 Wohnraum pro Kopf gelten. Personal ist nicht mitzuzählen, zwei unter 14 Jahre- und nicht unter 10 Jahren, wie herigen Verordnung, - zählen für eine Person. Ein Antrag in diesem Sinne wurde schon über die Behörde an das Ministerium des Innern gestellt. V

nungsamt.
träge wären

on Haus-
/43 Slg.,
mehr auf

essen in
angeschlosse-
d Gemeinden
nn die Len-
ht D).
urch welche
ten hier

ll des § 23 bzw. Eins
absatz 3,4,5 und 6.
lbstverständlich, dass
es Reiches, der NSDAP,
de, des Protektorates,
noch entsprechend gew
das Wohnungsamt erfol
ter Einschränkung der
jeder Aktion geradezu

ptmann)(siehe Motivenbericht F).
ng und Unschädlichmachung jedweder Intervent
ind, den Erfolg aller vorgenannten Aktionen
nahme „guter Beziehungen“ zu verfälschen (der
is Meldepflicht solcher Interventionen an die
fzutragen.)(siehe Motivenbericht G).
vorgeschnlagenen Massnahmen sind hart und ste
me Eingriffe in das private Leben des Einzel
t anfordert

WOHNUNGSAMT

DER LANDESHAUPTSTADT BRÜNN. Motivenbericht
Horst-Wessel-Straße 12. -----

72 II.

über die Massnahmen zur einheitlichen Raumlengung in Brünn.

zu I. 1. Die Reg.Vdg. 103/43 Slg. bezieht sich bisher nur auf Wohnungen. Die Verschärfung der Verhältnisse auf diesem Sektor der Wirtschaft durch die Verlagerung von Rüstungsbetrieben nach sich, dass der normale Anfall von die Praxix hat ergeben, dass die rten von Wohnungen in kürzester Frist tete lichen Mitteln unmöglich ist. Es und angt jedoch, eine durchgreifende Für Anforderungen. alle schärfung der Wohnungskrise und vor die e Planung erfordern Massnahmen, netv durc durc

zu I. 2. Zweck
werd
des
Verd
Weis

Rennergasse 22,

Grillowitzgasse 65.

Ausserdem noch über Dienststellen in den Vororten.

Im Hause Rennergasse 22 z.B. hat die BMB allein 20 Ledigenheime als Kanzleien eingerichtet. Uebrigens verlangt die Direktion der BMB die Zuweisung von weiteren 60 stillgelegten Geschäftsräumen für Kanzleizwecke. Es ist fraglos möglich, dass die BMB und auch andere öffentliche Aemter bei entsprechendem Druck durch die Zentralverwaltung zusammenrücken, ihre derzeitigen Räume besser ausnützen und in vielen Fällen auch noch entfremdeten Wohnraum zurückstellen müssten. Als zweiten Fall führe ich an: Hauptzollamt RAV Brünn, Rathausplatz 2. Diese Dienststelle könnte unschwer in den Räumen des Zollhauses in Brünn untergebracht werden, wenn dort nur ein wenig zusammengedrückt werden würde. Dadurch würden ungefähr 10 bestgelegene Kanzleiräume im Bürohause Rathausplatz 2 zur Verfügung stehen, in welche Rechtsanwalts- und andere Kanzleien, die derzeit in Wohnungen amtieren, verlegt werden könnten.

Der Erfolg der Aktion wäre an die Zentralstellen rückzumelden und dieser Erfolg, ausgedrückt in der Zahl der freigemachten Wohnungen wäre als Masstab für den guten Willen der öffentlichen Dienststellen zu werten.

zu I. 3 und 4

Im Sinne der Weisung des Herrn Reichsprotectors: I a -9140 Ww/22/43 sollen die im Rahmen der Reg.Vdg. 44/43 Slg. u.a. auch den öffentlichen Dienststellen als Ausweichmöglichkeit angeboten werden.

Diese Aktion wird ständig gestört, weil täglich vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit einer Reihe von Wiedereröffnungsanträgen Folge gegeben wird. Diese Wiedereröffnungsanträge wären ausnahmslos abschlägig zu erledigen.

Der Erlass des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit Zl.

zu B 2 Während im übrigen Reichsgebiet durch die Vdg. zur Wohnraumlentkung RGl.I Nr. 24 vom 8.3.1943 schon heute die Möglichkeit besteht, Nebenwohnungen, Doppelwohnungen, Landbesitze, Schlossbesitze und ähnliches, ohne Rücksicht auf den Ort, für den Wohnungsbedarf zu sichern, schreibt die Reg.Vdg. 103/43 noch immer vor, dass nur das Halten von Doppelwohnungen am gleichen Orte verboten ist.

zu C Viele Wohnungen werden in Untermiete gegeben und damit wohl der Reg.Vdg. Genüge getan, doch bleibt der Erfolg hinsichtlich der Wohnraumbeschaffung aus, weil solche Untermietverhältnisse entweder reine Turnungen darstellen, um die Reg. Vdg. zu umgehen, oder werden sogenannte Untermieter aufgenommen, die bisher in anderen, voll ausgenützten Wohnungen

wieder für längere Zeit vor einem behördlichen Zugriff gesichert ist.

zu D Die Reg.Vdg. 103/43 sieht im § 23 vor, dass Wohnungen, die Eigentum des Reiches, der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände, des Protektorates, der Länder, Bezirke und Gemeinden von der Anwendung der Bestimmungen der Reg.Vdg. 103/43 ausgenommen sind. Diese Massnahme hatte

srzt. eine Begründung, als es dem Hauseigentümer frei stand, Wohnungen selbst zu vermieten. Nachdem heute die Vergebung der Wohnungen durch das Amt erfolgt, können alle berechtigten Interessen der vorgenannten Hauseigentümer voll gewahrt werden. Die Vergebung von Reichsmietwohnungen z.B. durch den Oberfinanzpräsidenten in Prag führt immer wieder zu Anständen mit den Wohnungssuchenden, weil diese darauf verweisen, dass solche sogenannte Reichsmietwohnungen monatelang leer stehen.

zu E Die Berufungsmöglichkeit gegen Bescheide oben erwähnter Art müsste weitestgehend eingeschränkt werden. Erfahrungsge-
mäss wird gegen jeden Bescheid aus Prinzip Berufung einge-
bracht. Hiedurch wird der Aktengang erschwert und die Raum-
beschaffung durch monatelange Verzögerungen in Frage gestellt.

nationalsozialistischen Grundsätzen unvereinbar, wenn
Personen, die über sogen. gute Beziehungen verfügen, sich
Ausnahmebehandlung über den Rahmen des Gesetzes hinaus durch
Interventionen hochgestellter Person verschaffen.

Betrifft:

Protektora

11808



ISTER

BRÜNN, am 23. J
Fernsprecher 19.820 - Klapp

Durch des St
beim Reich
in Böhmen

Herrn

Sie wissen, dass ich in
scheinenden Fällen an
ich dies heute einmal
ren Gründe. Ich habe
1943, betreffend die
söfort ein Wohnungsamt
persönlichen Leitung
weg von der Tätigkeit

ich doch, durch desse
bedarfsfälle befriedig
m der Tätigkeit des V
gung der beiden Klöck
Anforderungen an Wohn
rotz aller Bemühungen
r Reg.Vdg. 103 gegeben
den. -

an den Herrn Staatsse

h eine Erweiterung dieser Verordnung
, da ich ansonsten einer Katastrophe
e entgegen sehe. -

sehr geehrter Herr Ministerialrat, falls

Sie

St. G. Nr. J-38¹/43

DER
OBERBÜRGERMEISTER



DER LANDESHAUPTSTADT
BRÜNN

BRÜNN, am 23. Juli 1943.
Fernsprecher 19.820 - Klappe 200

105

Herrn

Staatssekretär, SS-Obergruppenführer
K. H. F r a n k

in P r a g IV.

Czerninpalais.

Obergruppenführer !

Durch die Verlegung der beiden Klöckner-Werke Köln und Hamburg ist die Nachfrage nach Wohnungen derart angestiegen, dass ich mit den in der Reg.Vdg. 103 vom 20.4.1943 kein Auslangen mehr finde. Ich habe sofort nach Erscheinen dieser Regierungsverordnung ein Wohnungsamt in Brunn aufgezo-gen und dieses, mit Rücksicht auf seine Wichtigkeit, meiner persönlichen Leitung unterstellt. Es gelang auch anfangs, den internen Wohnungsbedarf wenigstens in den dringendsten Fällen zu befriedigen. Durch die Verlegung der beiden vorgenannten Werke bin ich aber nicht mehr in der Lage, auch nur den notwendigsten Anforderungen zu entsprechen. Ich bitte Sie daher, Obergruppenführer, veranlassen zu wollen, dass diese Verordnung wenigstens insofern abgeändert wird, als für Brunn eine Ausnahme getroffen wird. Die im RGBI. Nr.60 vom 22.6.1943 erlassene Verordnung zur Wohnraumversorgung der luftkriegsbetroffenen Bevölkerung, müsste für Brunn in irgendeiner Form Anwendung finden können. Ich habe es übernommen, diese Wohnungsaktion verantwortlich zu führen, bin aber trotz aller Bemühungen nicht mehr in der Lage wesentliche Erfolge zu erzielen. Am Samstag den 17.d.Mts. fand unter Vorsitz des Herrn General H e r n e k a m p eine Besprechung statt, bei welcher ich Gelegenheit fand, alle Schwierigkeiten auf-

zuzeigen

105a

zuzeigen. Herr General Hernekamp sagte mir zu, dass er anlässlich einer bei Ihnen stattfindenden Aussprache diese meine Ausführungen vorzutragen gedenke und, auf Grund seiner persönlichen Ansicht, gleichfalls für mein Ansuchen um Erweiterung der mir durch die Verordnung 103 gegebenen Vollmacht eintreten werde. -

Obergruppenführer ! Sie wissen, dass ich mich nur in jenen Fällen an Sie wende, wo meine schwachen Kräfte versagen und ich Ihre starke Unterstützung brauche. Dies ist in vorliegender Angelegenheit der Fall und erbitte ich mir Ihre Hilfe. -

Ich habe vom Wohnungsamt einen Bericht angefordert /Beilage I/, den ich diesem Schreiben beilege. Am 20.3.1943 habe ich über Auftrag an den Herrn Oberlandrat einen Bericht verfasst, den ich in Abschrift gleichfalls beischliesse /Beilage II/. In der Beilage III sind durch den Reichsarbeitsminister Anordnungen, betreffend der Ersatzraumbeschaffung für frei zu machende Wohnungen von Dienststellen der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbänden erlassen worden, die auf alle anderen Dienststellen eine gleiche Entlastung des

Ich wiederhole nochmals den Auftrag, den Sie mir erteilt haben, die Wohnraumbeschaffung für 20.000 Menschen nach Möglichkeit geschaffte

den Anforderungen entspre-

Heil Hitler!

Ihr erget

g

nac
der
tig
ges
Arb
chi
bur
Ham
übe
Ertl
bei
und
Js,
wer
ser

St.S. XI A - 69 b/43.

Prag, den 24. Juni 1943.

24. VI. 1943

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

Herrn Ministerialdirigenten Bertsch.

In Sachen Verlagerung der Klöckner-Werke nach Gurein
bitte ich unter Bezugnahme auf die dort. an den Herrn
Staatssekretär gerichteten Vorlagen vom 20. und 30.4.d.
Js. - Zeichen Nr. 835 und 889/43 um eine Mitteilung über
den derzeitigen Stand der Angelegenheit.

07158

bar an.

Ledige, die keine Familienangehörigen unterstützen müssen, sowie die Gefolgschaftsmitglieder, die mit Familien nach Brünn übersiedeln würden, sollen im Einverständnis mit allen Beteiligten nur die Lohn- und Gehaltssätze erhalten, die im Protektorat massgeblich sind. Für eine Übergangszeit werden diesen Gefolgschaftsmitgliedern zur Einführung in die hiesigen Verhältnisse allmählich sich ermässigende und dann ganz verschwindende Zulagen zugebilligt werden.

Alle verheirateten und die ihnen gleichgestellten Gefolgschaftsmitglieder erhalten das Recht zu Familienheimfahrten in gleichem Umfang wie die innerhalb des übrigen Reichsgebiets dienstverpflichteten deutschen Gefolgschaftsmitglieder.

Über alle sonstigen Fragen (Zuschüsse für einberufene Gefolgschaftsmitglieder, Reisekostenrichtlinien, Mehrarbeitszuschläge, soziale Einrichtungen der Betriebsordnung, Lohnzuschüsse in Krankheitsfällen und für die Gemeinschaftsverpflegung und zu den Kosten der Unterkunft, Kündigungen) wurde einvernehmlich eine Lösung gefunden, die sowohl den Bedürfnissen der in das Protektorat kommenden deutschen Arbeiter als auch der Stetigkeit der Lohnpolitik im Protektorat Rechnung trägt. >

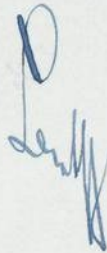
Sobald alle aufgetauchten Fragen in den Einzelheiten abschliessend geklärt sind, wird von hier im Einvernehmen mit dem Reichstreuhand der Arbeit in Hamburg und der Gauverwaltung Hamburg der DAF ein Arbeitsvertrag ausgearbeitet, den alle in das Protektorat kommenden Arbeiter der Klöckner-Werke freiwillig unterschreiben sollen.

Da viele Gefolgschaftsmitglieder der Klöckner-Werke Bestandteile ihres Lohnes "eisern sparen", ist die Frage er-

neut akut geworden, ob nicht auch im Protektorat das eiserne Sparen einzuführen ist. Sie wird zusammen mit der Abteilung Finanz im Zug der jetzigen Steuerreform unverzüglich geprüft werden.

Die in Hamburg gleichfalls anwesenden Vertreter der Klöckner-Humboldt-Deutz A.G., die mit einem Teil ihrer Arbeiter von Köln nach Brünn in die Radetzky-Kaserne übersiedeln soll, haben den Wunsch ausgesprochen, für die von ihnen vorgesehene Verlagerung eine entsprechende Regelung zu treffen. Darüber wird entschieden werden, sobald die Firma die angeforderten Unterlagen, aus denen die Lohnunterschiede ersichtlich sind, vorgelegt hat.

Was die Frage der Übersiedlung von Familienangehörigen in das Protektorat anlangt, so besteht der lebhafteste Wunsch der verlagernden reichsdeutschen Firmen, die Übersiedlungen möglichst zu fördern. Der Gauleiter und Reichsstatthalter von Hamburg möchte seinerseits die Freiwilligkeit dabei restlos gewahrt wissen und hält Übersiedlungen nur in ganz beschränktem Umfang für erwünscht. Da es sich bei der Frage der Übersiedlungen um eine wohl in die Zuständigkeit des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums und der Hauptabteilung I des Reichsprotectors fallende Angelegenheit handelt, darf ich anregen, diese grundsätzliche Frage ^{wohl} baldmöglichst im Benehmen mit der Hauptabteilung V (Abteilung V 2) klären zu lassen.



Für die getrennt lebenden Vermögensgemeinschaftsmitglieder soll - wenn die Dienstpflichtunterstützung nicht gezahlt werden kann oder wenn sie nicht ausreicht - bis zur Höchstdauer der Trennungszeit von der Familie ein erhöhtes betriebliches Trennungsgeld bis zu der im übrigen Reichsgebiet bei Verlagerungen zugelassenen Höchstgrenze von 20,- RM wöchentlich bewilligt werden, das mit Rücksicht auf die Löhne der übersiedelnden Arbeiter allmählich zu ermäßigen ist. Damit würde - neben der Gewährung des sonst üblichen Trennungsgeldes von 1,50 RM täglich - ein Ausgleich bis zu 18 Rpf. in der Stunde ermöglicht werden.

A b s c h r i f t !

Der Hauptabteilungsleiter V
- Nr.803/43 -

Prag, den 14. April 1943.

Herrn

S t a a t s s e k r e t ä r

ED-Lesno-Schnitt Des.	
5685	16 APR 1943
Deutschland	Reichsgebiet
Post	75

Unter Bezugnahme auf meinen gestrigen mündlichen Vortrag be-
richte ich, daß die Vertreter der Firma Klöckner-Hamburg mor-
gen zu mir kommen werden, um ihre Wünsche und Auffassungen we-
gen Behandlung der aus dem übrigen Reichsgebiet hierher kommen-